



acat.ch

ACAT SUISSE SCHWEIZ SVIZZERA
Pour un monde sans torture ni peine de mort
Für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe
Per un mondo senza tortura né pena di morte

Dringlichkeitsaktionen

August 2009

IRAN

Mehr als 100 Personen

Unfairer Sammelprozess, mögliche Folter in Haft

(Quelle: Amnesty International UA 214/09)

Hauptstadt: Teheran

Fläche: 1'648'195 km²

Bevölkerung: 72,2 Mio.

Todesstrafe: nicht abgeschafft

Ratifizierung der UNO-Konvention gegen Folter: nein

Vor dem Teheraner Revolutionsgericht hat ein Sammelprozess gegen mehr als 100 Personen begonnen, die beschuldigt werden, die Proteste gegen das umstrittene Ergebnis der Präsidentschaftswahl vom 12. Juni organisiert zu haben. Berichten zufolge wurden einige von ihnen in der Haft gefoltert.



Unter den Angeklagten befinden sich JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, ehemalige ParlamentarierInnen und hohe Beamte der letzten Regierung von Mohammed Khatami. Teile des Gerichtsverfahrens werden im staatlich kontrollierten iranischen Fernsehen gezeigt, doch ausländische und unabhängige Medien sind im Gerichtssaal nicht zugelassen, ebenso wenig wie die AnwältInnen der Angeklagten. Wenigstens vier der Angeklagten, alles bekannte ReformlerInnen, wurden während ihres „Geständnisses“ und ihrer Entschuldigung vor Gericht gezeigt, die möglicherweise unter Zwang oder Folter zustande gekommen sind, nachdem sie für längere Zeit in Haft ohne Kontakt zur Aussenwelt festgehalten wurden. Viele derjenigen, die im Zusammenhang mit den Protesten inhaftiert wurden, hat man Berichten zufolge und auch nach Angaben von Vertretern der iranischen Behörden offenbar gefoltert oder in anderer Weise misshandelt, und einige Frauen und Männer sollen in Haft vergewaltigt worden sein. Wenn die Angeklagten verurteilt werden, drohen ihnen Gefängnisstrafen oder sogar Todesurteile.

Im Brief ans iranische Staatsoberhaupt schildern wir zunächst die uns bekannten Fakten und fordern anschliessend von ihm, sicherzustellen, dass alle, die allein aufgrund ihres friedlichen Protests gegen das umstrittene offizielle Ergebnis der Präsidentschaftswahl inhaftiert sind oder vor Gericht stehen, unverzüglich und bedingungslos freigelassen werden, da sie gewaltlose politische Gefangene sind. Wir dringen darauf, dass alle anderen in Übereinstimmung mit internationalen Standards und unter Ausschluss der Todesstrafe ein faires Gerichtsverfahren erhalten. Wir fordern von ihm, dass umgehend eine unabhängige Untersuchung der Vergewaltigungs-, Folter- und Misshandlungsvorwürfe von Gefangenen eingeleitet wird und die TäterInnen vor Gericht gestellt werden. Zudem verlangen wir, dass die Gefangenen umgehend Zugang zu ihren Familienangehörigen, AnwältInnen und zu medizinischer Versorgung bekommen.

Schicken Sie einen Brief an:	Schicken Sie die Kopie des Briefes an:
Supreme Leader of the Islamic Republic H.E. Ayatollah Sayed Ali Khamenei The Office of the Supreme Leader Islamic Republic Street – End of Shahid Keshvar Doust Street Tehran, ISLAMIC REPUBLIC OF IRAN	Ambassade de la République Islamique d'Iran Thunstrasse 68 Case postale 3000 Berne 6
Fax: -	Fax: 031 351 56 52
E-Mail: -	E-Mail: secretariat@iranembassy.ch
Porto: Fr. 1.80 (A-Post)	Porto: Fr. 1.- (A-Post), Fr. 0.85 (B-Post)

INTERVENTIONSFRIST: Bitte verschicken Sie die Briefe so schnell wie möglich. VIELEN DANK!

ACAT-Schweiz

Speichergasse 29
Postfach 5011
CH-3001 Bern
www.acat.ch
PC: 12-39693-7



Koordination Dringlichkeitsaktionen:

Sonam Bernhard
Tel.: 031 312 20 44
Fax: 031 312 58 11
E-Mail: s.bernhard@acat.ch
Nächste Dringlichkeitsaktion: 20. November 2009



acat.ch

ACAT SUISSE SCHWEIZ SVIZZERA
Pour un monde sans torture ni peine de mort
Für eine Welt frei von Folter und Todesstrafe
Per un mondo senza tortura né pena di morte

Dringlichkeitsaktionen

August 2009

KOLUMBIEN

Guillermo Castaño, Mauricio Cubides und Yezid Beltrán, Menschenrechtsaktivisten Morddrohungen

(Quelle: Amnesty International UA 215/09)

Hauptstadt: Bogotá
Fläche: 1'138'914 km²
Bevölkerung: 46,7 Mio.

Todesstrafe: für alle Straftaten abgeschafft
Ratifizierung der UNO-Konvention gegen Folter: 1987



Paramilitärs haben gedroht, drei Menschenrechtsaktivisten, die sie der Zugehörigkeit zu Guerillagruppen beschuldigen, zu töten.

Am 31. Juli 2009 wurde von der paramilitärischen Gruppe *Águilas Negras – Eje Cafetero* eine Morddrohung per E-Mail an drei Menschenrechtler gesendet. Es handelt sich um G. Castaño, Präsident der für das Departement Risaralda zuständigen Abteilung der Menschenrechtsorganisation *Comité Permanente por la Defensa de los Derechos Humanos (CPDH)*; M. Cubides, Mitglied der Menschenrechtsorganisation *Colectivo de Derechos Humanos Domingo Taborda*, die Dokumentarfilme über Menschenrechtsverletzungen dreht; und Y. Beltrán, Vorsitzender des Frühwarnsystems *Sistema de Alertas Tempranas en el Eje Cafetero de la Defensoría del Pueblo*, in der bekannten Kaffeeanbauregion Eje Cafetero. Das Frühwarnsystem ist eine Regierungsinitiative zur Vorbeugung von Menschenrechtsverletzungen, die von Beteiligten am bewaffneten Konflikt in Kolumbien begangen werden. In der E-Mail hiess es, die betroffenen Männer seien Teil einer subversiven und terroristischen Struktur im Departement Quindío. Die UnterstützerInnen der paramilitärischen Gruppe würden ermutigt, sie zu verfolgen und zu töten, da sie es nicht zulassen könnten, dass das Quindío zum Mittelpunkt terroristischer Gruppen werde, die Dokumentarfilme und Denunzierungen verbreiten, um den Frieden anständiger Menschen zu stören.

Im Brief an den Vizepräsidenten der Republik Kolumbien fordern wir die Behörden auf, die Sicherheit dieser Menschen und anderer Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, die in den Departementen Risaralda und Quindío arbeiten, zu garantieren und dazu alle angemessene Massnahmen zu ergreifen. Wir fordern sie auf, eine umfassende, und unparteiische Untersuchung der Morddrohungen einzuleiten, die Ergebnisse zu veröffentlichen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen. Wir dringen darauf, dass sie unverzüglich den paramilitärischen Gruppen entgegentreten und sie entwaffnen, ihre Verbindungen zu Sicherheitskräften untersuchen und unterbinden. Wir erinnern die Behörden an ihre Verpflichtungen gegenüber MenschenrechtlerInnen, die u.a. aus Empfehlungen der UNO hervorgehen.

Schicken Sie einen Brief an:	Schicken Sie die Kopie des Briefes an:
Dr. Francisco Santos Calderón Vicepresidencia Carrera 8A No 7-27 Bogotá, COLOMBIA	Kolumbianische Botschaft Dufourstrasse 47 3005 Bern
Fax: 0057 1 565 7682	Fax: 031 352 70 72
E-Mail: -	E-Mail: colombie@prolink.ch
Porto: Fr. 1.80 (A-Post)	Porto: Fr. 1.- (A-Post), Fr. 0.85 (B-Post)

INTERVENTIONSFRIST: Bitte verschicken Sie die Briefe so schnell wie möglich. VIELEN DANK!

ACAT-Schweiz
Speichergasse 29
Postfach 5011
CH-3001 Bern
www.acat.ch
PC: 12-39693-7



Koordination Dringlichkeitsaktionen:
Sonam Bernhard
Tel.: 031 312 20 44
Fax: 031 312 58 11
E-Mail: s.bernhard@acat.ch
Nächste Dringlichkeitsaktion: 20. November 2009